

Die seit dem 1. April 2023 in Auftrag gegebenen Gutachten sowie die in Zusammenhang mit den Gutachten stehenden Kosten können der Tabelle entnommen werden.

Nr.	Titel/Thema des Gutachtens	Auftragnehmer	Bruttokosten
1	Vorfragen der Privatisierung der juris Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH), unter anderem Vergaberecht	Einverständnis zur Namensnennung liegt nicht vor	20.500 Euro
2	Rechtsgutachten zur Geschäftsführerhaftung	Einverständnis zur Namensnennung liegt nicht vor	28.472 Euro
3	Memorandum – juris GmbH Handlungsoptionen und rechtliche Risiken	Rechtsanwaltskanzlei Arvantage	4.570 Euro
4	Gutachten „Wege aus der Komplexitätsfalle – Vereinfachung und Automatisierung von Sozialleistungen“	Deloitte Consulting GmbH	Rechnung noch ausstehend

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

63. Abgeordneter **Andreas Bleck** (AfD) Mit welcher Begründung hält die Bundesregierung ihren Plan, Arbeitsverweigerern das Bürgergeld bis zu zwei Monaten vollständig zu streichen, im Einklang mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu Sanktionen im Sozialrecht vom 5. November 2019 (1 BvL 7/16)?

Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Anette Kramme vom 9. Januar 2024

Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil vom 5. November 2019 in bestimmten Fallkonstellationen einen vollständigen Wegfall von Leistungen der Grundsicherung als möglich erachtet (vgl. BVerfG 1 BvL 7/16, Randziffer 209). Diese Möglichkeit soll nunmehr gesetzlich umgesetzt werden.